Tageblatt für Politik.
Unterhaltung. Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.
Herausgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergs. 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (angefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1890.

F. Kaufmann & Sohn.
Grösstes
Musikwerk-, Orchestrion-, Symphonion-, Drehorgel-, Harmonium-, Instrumenten- und Saiten-Magazin.
König-Johannstr. und Ostra-Allee 19.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
empfiehlt sämmtliche Neuheiten in Frühjahrs-Stoffen, als:
elegante Paletot-, sowie feine Anzugs- u. Hosen-Stoffe
aus den renommirtesten Fabriken zu billigsten Preisen.

Reichste Auswahl von **Corsets** bester Qualität in allen Preisen, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Grosses Corsetlager von Hermann Herzfeld.

Für Confirmandinnen Stück Mk. 0.75, 1.00, 1.50. Für Damen Drellcorsets mit Schnürbrust 1.60, gravirt, mit Spitzen garnirt, 1.50. Patentcorset, modefarbig, bester Stoff, 2.00. Fischbein-Corsets 2.00, 2.50, von prima graublauem Stoff, elegant ausgestattet 3.50. Feine Corsets von prima Stoffen in allen Farben 5.00, 6.00, 6.50.

Preuss & Brendecke. Posamenten u. Knöpfe en gros u. en detail. Eigene Anfertigung von Posamenten. **Dresden,** König-Johannstrasse 3, parterre und I. Etage.

Nr. 71. Spiegel: Staatssecretär von Bötticher, Arbeiterschutzcongreß. Tisza und Deutschland. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Verbreitung guter Schriften, Alterthumsverein, Circus Herzog. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Mittwoch, 12. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Orden werden so viele, namentlich in Preußen verliehen, daß die Frage des „Warum" in den meisten Fällen überflüssig erscheint. Bei dem Schwarzen Adler jedoch, den soeben der Staatssekretär v. Bötticher erhalten, wird diese Frage mit ziemlicher Lebhaftigkeit erörtert. Schon die näheren Umstände, unter denen jene Auszeichnung vor sich ging, entbehren nicht eines gewissen Interesses. Am Sonnabend gewährte der Kaiser dem Kanzler Fürsten Bismarck abermals eine einstündige Audienz. Bald darauf wurde dessen Stellvertreter im preußischen Staatsministerium, Herr von Bötticher, mit dem höchsten Orden, den die Krone Preußens zu vergeben hat, eben dem Schwarzen Adler, geschmückt. Herr von Bötticher ist seit 10 Jahren Minister. Vor Kurzem hieß es, als Fürst Bismarck sich mit dem Gedanken einer theilweisen Geschäftsentlastung trug, Herr von Bötticher sei als sein Nachfolger, also zum preußischen Ministerpräsidenten, ausersehen. Jetzt steht es aber so, daß entweder Fürst Bismarck seine beiden Aemter (in Preußen als Ministerpräsident, im Reiche als Kanzler) beibehält oder beide aufgiebt. Die hohe und seltene Ordensauszeichnung macht daher Vielen den Eindruck eines Schmerzenspflasters, einer Entschädigung für die ihm entgangene Rangerhöhung. Nach anderer Lesart habe Herr v. Bötticher einen Ausgleich zwischen Kaiser und Kanzler zu Stande gebracht; nach einer dritten Lesart soll der Orden sagen, daß, wenn Hr. v. Bötticher auch in Sachen des Arbeiterschutzes nicht den Absichten des Kaisers entsprochen habe, der Kaiser dies ihm trotzdem nicht nachtrage. Als der Staatssekretär v. Bötticher wiederholt im Reichstage jedes Bedürfniß nach einem Arbeiterschutze leugnete, sprach er, wie Jedermann wußte, nicht seine eigene Ueberzeugung aus, sondern handelte lediglich nach der Instruktion des Reichskanzlers. Der Kaiser aber ist, wie bekannt, hierin ganz entgegengesetzter Ansicht. Es kommt zur Einführung der gesetzlichen Maßregeln, die man unter dem Sammelnamen „Arbeiterschutz" begreift. Die betr. Gesetzgebung wird, dessen darf man sich überzeugt halten, durch Herrn v. Bötticher diejenige eifrige Förderung finden, die sie verdient und mit der auch Hr. v. Bötticher selbst im Grunde seines menschenfreundlichen Herzens einverstanden ist. Der ihm verliehene Schwarze Adler ist also keineswegs als Einleitung zu seinem Rücktritte, sondern als Ansporn zur rüstigen Förderung des Werks, das dem Kaiser vor Allem am Herzen liegt, aufzufassen. Hr. v. Bötticher ist zudem eine sehr geschmeidige Natur, der es nicht schwer fallen wird, sich der veränderten politischen Lage anzufassen. Was aber die Stellung des Fürsten Bismarck selbst anlangt, so erhalten sich die Gerüchte über seinen Rücktritt mit großer Zähigkeit. Bestehen Zerwürfnisse, so liegt es weder in der Natur des Kaisers noch des Kanzlers, daß sie sich durch dauernde Unterordnung der Meinung des Einen oder Andern ausgleichen lassen. Augenblicklich handelt es sich darum, ob ein verschärftes Sozialistengesetz eingebracht wird, worauf Bismarck zu bestehen scheint, um nach dessen Verwerfung zu einer Auflösung des Reichstags schreiten zu können. Der Kaiser aber widerstrebt, wir glauben mit Recht, diesem Plane, dessen hoher Einsatz ihm nicht im richtigen Verhältniß zum Gelingen zu stehen scheint.

In wenigen Tagen tritt der internationale Congreß betreffs des Arbeiterschutzes zusammen. Die eingeladenen Staaten haben ihre Vertreter sämmtlich ernannt; Frankreich schickt neben 4 anderen Vertretern auch einen gemäßigten Sozialdemokraten, einen Zimmermaler, Namens Finance, nach Berlin. Es ist auffällig, daß die europäische Presse die einzelnen Fragen, die den internationalen Kongreß beschäftigen werden, so wenig ihrem sachlichen Kerne nach bespricht. Es wird ein Langes und Breites darüber geschrieben, ob Frankreich gut thut, überhaupt nach Berlin zu gehen, aber sehr wenig darüber, wie die Fabrikgesetzgebung der Einzelstaaten betreffs der Kinder- und der Frauenarbeit der anderen Theile des Arbeiterschutzes beschaffen ist. Auffällig kühl verhält sich zu dem ganzen rühmlichen Unternehmen die englische Presse; einzelne Zeitungen äußern sich ganz absprechend. Viel mehr als internationales Geschwätz, sagen sie, werde bei dem Congresse nicht herauskommen. Es gewährt der englischen Presse ersichtlich große Erleichterung, daß es in's Belieben der einzelnen Staaten gestellt bleiben soll, ob sie die Schlußfolgerungen, zu denen der Congreß gelangt, bei sich einführen wollen und wenn sie es ja thun, ob sie diese Arbeiterschutzgesetze nachher wieder langsam einschlafen lassen oder ganz abschaffen. Der Standpunkt Deutschlands ist klar vorgezeichnet. Verläuft der Congreß ohne greifbare Ergebnisse, so wird dessen unbeschadet das Reich an Arbeiterschutzmaßregeln einführen, soviel sich immer nur verwirklichen läßt, ohne die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte zu beeinträchtigen.

Den Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten v. Tisza deutscherseits lebhaft zu beklagen, ist kein Grund vorhanden. Nur die jüdischen Finanzmächte, denen er Ungarn zur Ausbeutung überliefert hat, mögen ihrem Gönner heiße Thränen nachweinen. Es ist zuzugeben, daß Tisza in seiner 15jährigen Ministerpräsidentschaft ein treuer Anhänger des Bündnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche gewesen ist. Ein jeder Anderer hätte dies aber an seiner Stelle auch thun müssen; denn die Stellung Ungarns in der großen Politik ist fest gegeben. Kein ungarischer Minister kann sich von dieser Verhaltungslinie entfernen, ohne sich an seinem Vaterlande schwer zu versündigen, dem seine Interessen den Platz auf Seite der Friedensmächte, also vorzugsweise Deutschlands, gebieterisch vorschreiben. Deutschfreundlich war aber Tisza deshalb keineswegs. Unter seiner Herrschaft wurde der magyarische Größenwahn zu seiner jetzigen Höhe großgezogen; unter ihr wurde die mit den rücksichtslosesten Mitteln betriebene Magyarisirung der Länder der Stefanskrone betrieben; unter ihr fand die Bedrängung und Bedrückung der Deutschen im ganzen Lande und die Vertreibung tüchtiger, erfahrener und redlicher deutscher Beamter aus allen Stellen im Staats- und Gemeindedienst statt. An ihren Platz setzte Tisza jene bestechlichen Beamten ungarischer Nationalität, deren Unterschlagungen, Kasseneinbrüche und sonstige „Malversationen" eine ständige, endlose Rubrik in den Zeitungen bilden. Für die gräuliche, sich nur wenig von der russischen unterscheidende Corruption der ganzen ungarischen Verwaltung ist Tisza hervorragend verantwortlich zu machen. Tisza stürzt jetzt über die Kossuthfrage und er fällt unrühmlich. Bekanntlich treiben die Magyaren mit Kossuth eine wahre Abgötterei. Das ungarische Heimathsgesetz schreibt vor, daß das Heimathsrecht nach 10jähriger Abwesenheit aus dem Lande verloren geht, wenn nicht seine Erneuerung nachgesucht wird. Kossuth, der ehemalige Gouverneur Ungarns, der 1849 als solcher die Habsburgische Dynastie für abgesetzt erklärt hat, lebt seit 31 Jahren in freiwilliger Verbannung in Turin. Er weigert sich beharrlich, heimzukehren. Er erkennt auch jetzt noch nicht Franz Josef, obwohl dieser als ungarischer König gekrönt ist und den Verfassungseid geleistet hat, als König an; er erklärte noch vor Kurzem in schroffen Worten die bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse als ungiltig und beleidigte Krone und Parlament. Gleichwohl verlangt Kossuth, daß Krone und Parlament das Heimathsgesetz eigens zu seinen Gunsten abändern. Das ist zwar der helle Unsinn; denn wenn ich eine Gesetzgebung als verfassungswidrig bezeichne, kann ich sie nicht in demselben Athem zu meinen Gunsten in Bewegung setzen. An diesen logischen Widerstreit kehrt sich jedoch Kossuth ebensowenig, wie seine Anhänger. Tisza war vor einigen Wochen so schwach, eine Zulage zu Gunsten Kossuths zu machen. Er hoffte damit ihren Haß gegen sich zu besänftigen. Nun aber legte sich der Kaiser in's Mittel. Es geht ihm gegen seine Würde, ein Gesetz zu erlassen, das einen Mann in's Vaterland zurückführt, der ihm selbst die Anerkenntniß verweigert. Die übrigen Minister traten auf Seite des Kaisers. Namentlich der sehr tüchtige Handelsminister, Baros, der Schöpfer des Zonentarifs, und der streng rechtliche Justizminister Szilagyi widersetzten sich der Demüthigung des Kaisers vor Kossuth, die Tisza verlangte. Dieser muß sein Mäntzel schnüren. Ungarn wird aufathmen, wenn es ihn los sein wird. Fackelzüge und Illuminationen werden dieser Freude Ausdruck geben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. März.

Berlin. Der Kaiser hatte gestern wieder eine längere Konferenz mit dem Fürsten Bismarck, der die Absicht, aus dem Reichs- und Staatsdienste auszuscheiden, noch nicht aufgegeben haben soll. — Von bestimmter Seite wird der Angabe widersprochen, daß Fürst Bismarck während der Verhandlungen des Staatsraths gegenüber den politischen und sozialen Anregungen eine ablehnende Haltung eingenommen habe. Der Staatsrath sei zur Information der Regierung da, und ein Minister dürfe seine Auffassung erst in der kollegialen Berathung des Staatsministeriums darlegen, in welcher die Minister über ihre dem Könige zu unterbreitenden Vorschläge selbstständig und ohne den Staatsrath verantwortlich zu beschließen haben. Fürst Bismarck habe sich daher in den Ausschußsitzungen des Staatsraths, denen er als Vicepräsident beiwohnte, jeder Meinungsäußerung enthalten.

Berlin. Aus Sansibar wird gemeldet: Nach äußerst beschwerlichem mehrstündigen Marsch von Saadani aus stieß Major Wißmann am Sonntag auf Bonaheri's befestigte Stellung. Dieselbe wurde alsbald angegriffen und nach hitzigem Gefecht im Sturm genommen. Bonaheri wurde total geschlagen. Sein Verlust ist groß. Er selbst aber ist leider entkommen. Auf deutscher Seite fiel ein Offizier, ein anderer Offizier, sowie mehrere deutsche und eingeborene Soldaten wurden schwer verwundet. Die Hitze war furchtbar. Auf dem Marsch sind leider ein Offizier und mehrere eingeborene Soldaten Wißmann's dem Sonnenstich erlegen. — Wie verlautet, wird die neue Militärvorlage bereits im April dem Reichstag zugehen. Es werden über 70 neue Batterien nebst den dazu erforderlichen Spezialtruppen (Pioniere und Train) gefordert. — Das Reichsversicherungsamt hat neuerdings die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesammte Handwerk beim Bundesrath wieder angeregt. Zunächst soll die Versicherung auf die Seefischer ausgedehnt werden. Der darauf bezügliche Gesetzentwurf ist bereits ausgearbeitet. — Der Kommandant der Kaiseryacht „Hohenzollern", Graf Armin, ist von einer venetianischen Firma wegen 5625 Lire aus einer Kohlenlieferung bei Gelegenheit des Einlaufens des „Hohenzollern" in den Hafen von Venedig zur Zeit der Rückkehr des Kaisers aus dem Orient verklagt worden. Es handelt sich wahrscheinlich um Erstattung des italienischen Eingangszolles. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht auf Grund amtlicher Erhebungen eine Nachweisung der in den hauptsächlichsten Bergbaubezirken Preußens während des Jahres 1889 verdienten Bergarbeiterlöhne. Danach waren die verdienten reinen Löhne (nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie der Knappschafts- und Krankenkassenbeiträge) 1889 durchweg höher als 1888, ebenso war die Zahl der im Bergwerksbetrieb beschäftigten Arbeiter höher als in vorhergegangenen Jahren. — Frhr. v. Schorlemer-Alst bezeichnet im „Westf. Merkur" die Meldung, sein Wiedereintritt in das parlamentarische Leben sei auf den Betrieb des Kaisers zurückzuführen, als von Anfang bis Ende erfunden. — Der Papst hat dem deutschen Reichskanzler wissen lassen, daß er die Ziele der Berliner Arbeiterkonferenz nach Kräften fördern werde. Gleichzeitig hat er gebeten, täglich über den Fortgang der Arbeiten der Konferenz unterrichtet zu werden.

Paris. Einer der Vertreter Frankreichs auf der Berliner Arbeiterkonferenz ist der Minen-Ingenieur Aguilhon, ein zweiter Schlosser Delahay, der ehedem im Auftrag der Regierung die Ausstellung in Philadelphia besuchte und von da interessante Berichte einsandte. Delahay ist Possibilist und Sozialist. Die Abreise der Vertreter, denen als Sekretär Charles Simon, der Sohn Jules Simons, beigegeben ist, erfolgt am Donnerstag. — Das Handelshaus Karther u. Wettermann in Ars a. d. Mosel verklagt das Deutsche Reich als Rechtsnachfolger des französischen Fiskus wegen Ausführung der Mosel-Kanalisirung zwischen Ars und Diedenhofen, wozu der französische Fiskus sich vor 1870 gegen Bezahlung von 150,000 Francs seitens jenes Handelshauses vertragsmäßig verpflichtet hatte.

Die **Berliner Börse** eröffnete auf umfangreiche Kaufordres aus der Provinz recht fest, bald trat indeß Realisationslust ein, infolge deren die Kurse wieder zurückgingen. Sehr belebt waren besonders Banken und Bergwerke, von ersteren Handelsgesellschaft und Dresdner Bank bevorzugt. Bergwerke setzten prozentweise höher ein, mußten aber bald einen Theil des Gewinns wieder abgeben. Deutsche Bahnen besser, aber still, auch österreichische fest, nur Franzosen schwächer, fremde Renten meist besser. Später gingen die Kurse weiter zurück, doch waren die Einbußen nicht erheblich. Im Kassaverkehr waren Banken fest, Dresdner 1¾ höher, deutsche Bahnen ziemlich fest, österreichische schwächer, Bergwerke gut behauptet, andere Industrien ruhig, deutsche Fonds schwächer, auch österreichische Prioritäten nur schwach behauptet. Privatdiskont 3¾ Prozent. Nachbörse schwächer. — **Wetter:** Trübe, Südwestwind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Credit 267,75. Staatsb. 187,60. Lomb. 110,75. Galizier —,—. Egypter 95,10. 4proz. Ung. Goldr. 87,50. Disconto 232,20. Dresdn. Bk. 154,30. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Still.

Wien. (Abendbl.) Credit 315,50. Staatsbahn 219,50. Lombarden 131,00. Nordwest 204,00. Marknoten 58,375. Ung. Credit 353,50. Ruhig.

Paris. (Schluß.) Rente 88,50. Anleihe 105,82. Italiener 92,65. Staatsbahn 470,00. Lombarden 295,00. do. Prioritäten —. Spanier 73¾. Egypten 479,68. Ottomanen 538,75. Cocomple 610,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per März 24,60, per Mai-August 24,40, fest. Spiritus per März 36,25, per Septbr.-December 38,50, ruhig. Rüböl per März 76,00, per September-December 67,00, still.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März —, per Mai 200. Roggen per März 145, per Mai 144.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen und Ihre Königl. Hoheit die Frau Erbprinzeß von Sachsen-Meiningen, Schwester Kaiser Wilhelm's, sind in der Königl. Villa zu Strehlen zum Besuche Sr. Majestät des Königs eingetroffen.

— Der Eisenbahnassistent 1. Kl. Julius Sauer in Dresden erhielt das Albrechtskreuz.

— **Landtag.** Die zweite Kammer eröffnete ihre gestrige Sitzung mit der verfassungsmäßigen Wahl von Mitgliedern des Staatsgerichtshofes. Auf Antrag des Abg. v. Oehlschlägel wählte die Kammer durch Zuruf die Herren Senatspräsident a. D. Otto-Dresden, Justizrath Dr. Schafrath-Dresden und Oberlandesgerichtspräsident a. D. Klemm-Dresden zu Mitgliedern und die Herren Rechtsanwalt Temper-Zwickau und Geh. Justizrath a. D. Dr. Stübel-Dresden zu Stellvertretern. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf die Wahl des Abgeordneten Colditz im 16. städtischen Wahlkreis, welche auf Antrag der vierten Abtheilung der Kammer (Berichterstatter Abg. Mathes und Uhlemann-Görlitz) ohne Debatte und einstimmig für giltig erklärt wurde. Sekretär Abg. Speck erstattete hierauf einen anderweiten Bericht der Gesetzgebungsdeputation über den Gesetzentwurf, betreffend die Gerichtskosten in nichtstreitigen Rechtsangelegenheiten. Die erste Kammer hatte nämlich zu den Abänderungen des Gesetzentwurfes seiten der 2. Kammer noch drei anderweite Anträge gestellt, wonach erstens der § 17 folgende Fassung erhalten soll: Die zwangsweise Beitreibung der Gerichtskosten erfolgt nach Maßgabe des Gesetzes vom 7. März 1879, die Zwangsvollstreckungen wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen betreffend, und zwar durch Vollstreckungsbeamte des Gerichtes. Ferner soll nach einem zweiten Antrage die Löschung von Ablösungsrenten und Landeskulturrenten, sowie von Ablösungs- und Landeskulturrentenbeiträgen kostenfrei erfolgen, im Uebrigen aber die Petition des allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden vom 24. Februar 1890 als durch die über den Entwurf gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären. Ohne jede Debatte und einstimmig wurden sämmtliche Anträge zum Beschluß erhoben. Abg. Wetzlich referirte zum Schlusse über die Petition der Firma Emil Richter in Dresden um Verbot des Handels mit Papier und Zeichenutensilien seitens der Angestellten hiesiger Königl. Unterrichtsinstitute. Dem Antrage der Deputation entsprechend, beschloß die Kammer ohne Debatte, die Petition, soweit sie sich auf eine Beschränkung des Handels durch die Hausmänner in der Kunstgewerbeschule und Baugewerkenschule bezieht, der Königl. Regierung zur Kenntnißnahme zu übergeben, im Uebrigen aber auf sich beruhen zu lassen. — Die **erste Kammer** begann ihre Verhandlungen mit der Wahl eines ersten Sekretärs an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Löhr. Auf Antrag des Rittergutsbesitzers Pelz auf Ramsdorf wurden durch Zuruf einstimmig der bisherige zweite Sekretär Graf v. Könneritz-Lossa zum ersten Sekretär und an dessen Stelle ebenfalls durch Zuruf der bisherige stellvertretende Sekretär Bürgermeister Thiele gewählt. Hierauf erstattete Geh. Rath Herbig den Bericht der ersten Deputation über die an Stelle des verstorbenen Kammermitgliedes Grafen v. Schall-Riaucour erfolgte Wahl des Majors a. D. v. Wiedebach auf Wohla mit dem Antrag, diese Wahl definitiv als giltig anzuerkennen. Die Kammer beschloß demgemäß einstimmig. Das Haus nahm alsdann den Bericht der 2. Deputation über den **Etat der Eisenbahnen** und die darauf bezüglichen Petitionen entgegen. Der Berichterstatter Kammerherr v. d. Planitz beantragte die Bewilligung sämmtlicher Postulate allenthalben nach den Beschlüssen der zweiten Kammer. Zur allgemeinen Debatte nahm zunächst Kammerherr v. Friesen das Wort, um seiner Anerkennung über den hocherfreulichen Stand des sächsischen Eisenbahnwesens Ausdruck zu geben und der großen Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit zu gedenken, mit welchem das gesammte Beamten-Personal an der günstigen Entwickelung unseres Staatsbahnwesens mitarbeitet. Hieran knüpft Redner den Wunsch, daß das Coupiren der Fahrkarten durch die Schaffner während der Fahrt möglichst vermieden werde. Kammerherr v. Posern ersucht die Regierung, in den Coupee's Thermometer anbringen zu lassen, um eine bessere Regulirung der Temperatur ermöglichen und Ueberheizungen vorbeugen zu können. Graf v. Rex schließt sich den anerkennenden Worten des Kammerherrn v. Friesen an, warnt aber vor übertriebenen Hoffnungen auf allzugroße Ueberschüsse in der Zukunft. Ferner unterstützt Redner den Wunsch des Kammerherrn v. Posern, empfiehlt möglichste Erleichterung des Ein- und Aussteigens auf den kleineren Stationen, welches durch die hohe Lage der Trittbretter namentlich kleineren Personen sehr erschwert werde, und giebt schließlich der Regierung anheim, zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, die Bahnböschungen mit Obstbäumen zu bepflanzen. Rittergutsbesitzer v. Sahr ersucht die Regierung, den Abends kurz nach 10 Uhr von Leipzig abgehenden Schnellzug in Dahlen halten zu lassen. Kammerherr v. Burgk regt den Bau von Arbeiterwohnungen durch den Staat an. Es werde für die Zukunft entschieden Aufgabe der Regierung sein, der Wohnungsfrage näher zu treten, denn auch die großen Städte und großen Privatunternehmer könnten sich der Verpflichtung nicht verschließen, für Unterbringung ihrer Arbeiter in Woh-

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41|42).
Butter täglich 3 Mal frisch.